
Für Sie in Berlin!

**Markus Grübel MdB berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche

- 1. Bekämpfung von Fluchtursachen**
- 2. Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten**
- 3. Einigung bei Leiharbeit, Werkverträgen und Flexi-Rente**
- 4. Ehrenamtliche aus Esslingen in Berlin**
- 5. Diskussionsrunde mit Rohracker Schule**
- 6. „Politik trifft Wirtschaft“**
- 7. Nachruf auf Rudolf Aigner**

1. Bekämpfung von Fluchtursachen

Gemeinsam mit der SPD haben wir in dieser Woche den Antrag *„Fluchtursachen bekämpfen – Aufnahmestaaten um Syrien sowie Libyen entwicklungspolitisch stärken“* im Bundestag eingebracht. Damit wollen wir die Staaten um Syrien bei der Bewältigung der hohen Flüchtlingszahlen stärker unterstützen und Fluchtursachen effektiver eindämmen. Wir wollen den Menschen, vor allem den Kindern und Jugendlichen, eine dauerhafte Zukunfts- und Bleibeperspektive

ermöglichen. Der Antrag richtet sich vor allem auf Syrien, sowie die angrenzenden Staaten, in denen rund 4,8 Millionen syrische Flüchtlinge untergekommen sind.

Aber auch Libyen, wo sich eine neue Einheitsregierung mit Unterstützung der UN etabliert, steht als Transitland für Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika immer mehr im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Die Fluchtursachenbekämpfung ist eine ressortübergreifende Aufgabe, bei der besonders die Entwicklungszusammenarbeit gefordert ist! Um die Flucht von Menschen aus Syrien zu beenden, ist allerdings ein Ende des Bürgerkriegs die zentrale Voraussetzung. Darauf hat die Entwicklungspolitik keinen Einfluss.

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist kein neues Thema, sondern steht schon länger auf unserer politischen Agenda. Deutschland hat schon viel getan! Im Rahmen der Syrienkrise haben wir bereits seit 2012 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Deutschland ist somit der drittgrößte Geber. Bei der Londoner Geberkonferenz für Syrien gab Berlin die höchste Einzelzusage ab mit 2,3 Milliarden Euro bis 2019. Den Trust Fund für Syrien, aus dem nach einem Ende des Konflikts der Wiederaufbau finanziert werden soll, kofinanzierte die Bundesregierung mit 33,7 Millionen Euro.

Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beteiligt sich an der Anschubfinanzierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region mit 200 Millionen Euro. Auch innerhalb der EU ist Deutschland finanziell an der Fluchtursachenbekämpfung beteiligt!

2. Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten

Heute haben wir in abschließender Lesung die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten beschlossen. Damit senden wir ein klares Signal: Asylanträge von Bürgern dieser Staaten haben faktisch keine Aussicht auf Erfolg!

Verbunden ist diese Einstufung mit einer verstärkten Abschiebepaxis in diese Staaten, die nach dem Besuch des Bundesinnenministers in den Maghrebstaaten im März intensiviert wurde. Ziel ist es, Asylverfahren zu beschleunigen, die Aufenthaltsdauer für Asyl-antragsteller ohne Aussicht auf einen Schutzstatus zu verkürzen und eine Aufenthaltsverfestigung, etwa durch Arbeitsaufnahmen, zu verhindern.

Mittlerweile ist zwar die offizielle Zahl der Migranten aus Nordafrika wie auch aus anderen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens gesunken. Daraus aber wie die Opposition abzuleiten, dass das Gesetz zur Einstufung Algeriens, Marokkos und Tunesiens überflüssig sei, wäre falsch. Wir haben bereits bei der Einstufung aller West-Balkanstaaten die Erfahrung gemacht, dass allein die Ankündigung, Staaten als sichere Herkunftsstaaten zu kategorisieren, dazu führt, dass sich weniger Flüchtlinge auf den Weg nach Deutschland begeben.

3. Einigung bei Leiharbeit, Werkverträgen und Flexi-Rente!

In der vergangenen Sitzungswoche haben wir uns mit der SPD auf einen Kompromiss zu Zeitarbeit und Werkverträgen verständigt sowie eine schnelle Umsetzung der Flexi-Rente. Eine Koalitionsarbeitsgruppe hatte sich bereits im November 2015 auf die Eckpunkte verständigt und einen Abschlussbericht vorgelegt. Derzeit wird ein Gesetzentwurf erarbeitet, der noch vor der Sommerpause fertig sein soll.

Ziel der Flexi-Rente ist es, Frühverrentung zu vermeiden und Anreize zum längeren Verbleib im Erwerbsleben zu erhöhen. Das Hinzuverdienstrecht wird dazu vereinfacht. Klare und transparente Information sollen zeigen, wie sich längeres Arbeiten lohnen kann und welche flexiblen Übergänge möglich sind. Wir brauchen eine transparente Renteninformation, die jeder versteht.

Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung bringen derzeit keinen rentenrechtlichen Vorteil für die Beschäftigten. Das wollen wir ändern, und es belohnen, wenn der Arbeitnehmer seinen Beitrag leistet. Der isolierte Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung bei Beschäftigung nach der Regelaltersgrenze soll zudem befristet für fünf Jahre entfallen.

4. Ehrenamtliche aus Esslingen in Berlin

Auf Einladung besuchte mich vergangene Woche eine Gruppe von ehrenamtlich Tätigen aus dem Wahlkreis in Berlin. Die 50 Reisenden der CDU-Gemeindeverbände Aichwald, Lichtenwald, Köngen, Wendlingen und Altbach sowie des Strick- und Schwätzclubs Esslingen erwartete ein viertägiges, abwechslungsreiches Programm.

In Berlin stand zunächst eine Besichtigung des Berliner Fernsehturms sowie des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Berlin Hohenschönhausen auf dem Programm. Es folgte ein Besuch im Verteidigungsministerium, wo die Teilnehmer über die Aufgaben und die Arbeit des Ministeriums informiert wurden.

Mich interessiert es sehr, was die Bürger meines Wahlkreises beschäftigt. Dieses Mal sprachen wir vor allem über TTIP sowie Flüchtlinge.



Markus Grübel mit den Teilnehmern der BPA-Fahrt im Reichstag

5. Diskussionsrunde mit Rohräcker-Schule

Am Mittwoch besuchten rund 20 Schüler der Rohräcker-Schule den Bundestag und trafen mich zu einer einstündigen Diskussionsrunde über Politik. Die Schüler interessierte vor allem, wie der Alltag eines Abgeordneten aussieht und welche Aufgaben ein Staatssekretär hat. Im Anschluss an das Gespräch brachte ich die Schüler noch auf die Kuppel des Reichstags.



Markus Gröbel mit den Schülern der Rohräcker-Schule im CDU/CSU-Fraktionssaal

6. „Politik trifft Wirtschaft“

Beteiligt habe ich mich auch in diesem Jahr wieder am sogenannten „*Know-How-Transfer*“, bei dem Personen aus der Wirtschaft im Bundestag hospitieren. In diesem Jahr begleitete mich eine Wirtschafts juniorin aus Esslingen bei Veranstaltungen und Terminen.



Markus Gröbel mit Wirtschafts juniorin Christine Clement

7. Nachruf auf Rudolf Aigner

Die vergangene Sitzungswoche hat leider mit einem sehr traurigen Ereignis begonnen. Ein langjähriger politischer Weggefährte ist am Montag unerwartet verstorben. Ich habe Rudolf Aigner als Menschen und Parteifreund sehr geschätzt! Meine Anteilnahme und mein aufrichtiges Beileid gelten seiner Familie. Möge er in Frieden ruhen!